

Niederschrift SA/031/2020

über die öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des
Schulausschusses der Stadt Rheine
am 19.05.2020

Die heutige Sitzung des Schulausschusses der Stadt Rheine, zu der alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen und - wie folgt aufgeführt - erschienen sind, beginnt um 17:00 Uhr im Sitzungssaal 126 des Neuen Rathauses.

Anwesend als

Vorsitzender:

Herr Stefan Gude	CDU	Ratsmitglied / Vorsitzender
------------------	-----	-----------------------------

Mitglieder:

Herr Christian Beckmann	CDU	Ratsmitglied
Frau Eva-Maria Brauer	SPD	Ratsmitglied / 2. Stellv. Vorsitzende
Frau Janine Heile-Limberg	FDP	Sachkundige Bürgerin
Frau Verena Kaisal	CDU	Sachkundige Bürgerin
Herr Fabian Lenz	CDU	Ratsmitglied
Herr Udo Mollen	SPD	Ratsmitglied
Herr Rainer Ortel	UWG	Ratsmitglied
Frau Claudia Reinke	CDU	Ratsmitglied
Herr Heribert Röder	DIE LINKE	Ratsmitglied
Frau Ulrike Stockel	SPD	Ratsmitglied / 1. Stellv. Vorsitzende
Frau Helena Willers	CDU	Ratsmitglied
Herr Josef Wilp	CDU	Ratsmitglied
Frau Christel Zimmermann	SPD	Ratsmitglied

beratende Sachkundige Einwohner:

Frau Doris Hasenkamp-Jakob		Ausschussmitglied Vertreter der kath. Kirche
Frau Heike Juvonen-Barnes	SPD	Sachkundige Einwohnerin f. Beirat für Menschen mit

Herr Axel Roosen	Behinderung Ausschussmitglied Vertreter der ev. Kirche
Frau Dorit Tönjes	Sachkundige Einwohnerin f. Familienbeirat

Gäste:

Herr Oliver Meer	Sprecher der Stadtschulleiterkonferenz
------------------	---

Verwaltung:

Herr Raimund Gausmann	Beigeordneter
Frau Wiebke Gehrke	Leiterin Fachbereich 8
Herr Christof Helming	PV Schulverwaltung
Herr Ron Erdmann	Schriftführer

Entschuldigt fehlen:

Mitglieder:

Herr Jan-Philip Zimmermann	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Sachkundiger Bürger
----------------------------	-----------------------	---------------------

beratende Sachkundige Einwohner:

Frau Lydia Maul	Sachkundige Einwohnerin f. Integrationsrat
-----------------	---

Der Vorsitzende Herr Gude eröffnet die heutige Sitzung des Schulausschusses der Stadt Rheine und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Änderungsanträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt.

Öffentlicher Teil:

1. **Niederschrift Nr. 29 über die gemeinsame öffentliche Sitzung mit dem Sportausschuss am 22.01.2020**

Zu Form und Inhalt der Niederschrift werden keine Änderungswünsche vorgetragen.

2. **Niederschrift Nr. 30 über die öffentliche Sitzung am 22.01.2020**

Zu Form und Inhalt der Niederschrift werden keine Änderungswünsche vorgetragen.

3. Informationen der Verwaltung

3.1. Auswirkungen der Corona-Pandemie

Herr Gausmann berichtet umfassend über die Herausforderungen der letzten Monate, welche im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie in den Bereichen VHS/Musikschule, Stadtbibliothek und Schule zu bewältigen waren. Für den Bereich Schule ist eine entsprechende Übersicht als Anlage 1 beigefügt.

Auf Rückfrage von Frau Reinke erklärt Herr Gausmann, dass die individuelle Ausstattung der SuS mit technischen Endgeräten zur Teilnahme am Homeschooling nach geltender Rechtslage nicht in den Aufgabenbereich des Schulträgers falle. Unabhängig von der weiteren Entwicklung der gesetzlichen Vorgaben zur Unterstützung von benachteiligten SuS mit Endgeräten, kündigt Herr Gausmann eine darüberhinausgehende Prüfung durch die Verwaltung an, in welchem Umfang eine Nutzung der schulischen Tablets durch einzelne Schülerinnen und Schüler ggf. auch außerhalb des Präsenzunterrichtes im Klassenverbund möglich ist.

4. Einwohnerfragestunde

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

5. Elternbeitragsatzung für den Elementar- und Primarbereich ab dem 01.08.2020 Vorlage: 164/20

Herr Gausmann informiert, dass der Jugendhilfeausschuss der Vorlage in seiner letzten Sitzung bereits zugestimmt habe und damit gleichzeitig der Anhebung der Beitragsfreigrenze auf 30 TEUR. Letzteres sei ein Ausfluss aus einem Antrag der SPD-Fraktion, der darüber hinaus darauf zielte, eine zusätzliche Beitragsstufe über 96 TEUR einzuführen. Dies werde seitens der Verwaltung aus mehreren Gründen abgelehnt. Denn einerseits sei im Bereich der Offenen Ganztagschule ein monatlicher Höchstbeitrag festgeschrieben, der von den Eltern maximal eingezogen werden dürfe. Füge man nun eine zusätzliche oberste Beitragsstufe ein, dürfte auch für diese nur der nach Erlasslage geltende Höchstbetrag eingezogen werden. In der Konsequenz verringerten sich aufgrund der sozialen Staffelung dadurch die zu zahlenden Beitragssätze der anderen Beitragsstufen, was zu massiven Mindereinnahmen führen würde.

Andererseits dürften im Kitabereich die Beitragszahler der neuen Beitragsstufe monatlich lediglich vier Euro mehr an Beiträgen entrichten, da sonst in diesem Bereich unrechtmäßige Erträge durch die Stadt Rheine erzielt würden.

Da auch die anderen Beitragsstufen einer inflationsbedingten Weiterentwicklung unterlägen, würden sich Schul- und Jugendhilfeausschuss in zwei Jahren diesbezüglich mit einer Neufestsetzung beschäftigen.

Herr Mollen bedankt sich im Namen der SPD-Fraktion für die Erklärungen, weshalb eine zusätzliche Elternbeitragsstufe nicht zielführend sei und betont, dass mit der Anhebung der Beitragsfreigrenze auf 30 TEUR insbesondere die Alleinerziehenden entlastet werden würden.

Herr Ortel fragt an, wie Familien ein, durch die Corona-Pandemie gemindert, Einkommen hinsichtlich der zu entrichtenden Elternbeiträge geltend machen könnten.

Herr Gausmann erläutert, dass hierzu seitens der Eltern ein entsprechender Aktualisierungsantrag gestellt werden könne. Weiterhin werde automatisch durch die Stadt Rheine, bis zu drei Jahre nach dem Einzug der Beiträge, eine Kontrollberechnung

durchgeführt, durch die, bei Feststellung eines faktisch niedrigeren Einkommens, Beiträge nachträglich zurückerstattet würden.

Beschluss:

Der Schulausschuss empfiehlt dem Haupt- und Finanzausschuss folgenden Beschluss zu fassen:

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt im Rahmen der Delegation die dieser Vorlage als Anlage 1 beigefügte Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen für Kinder in Kindertageseinrichtungen, für die Inanspruchnahme von Kindertagespflege und in der Primarstufe im Rahmen der „Offenen Ganztagschule“, der „Schule von acht bis eins“ sowie der „zusätzlichen Betreuung (außerhalb des Offenen Ganztages)“ (Elternbeitragssatzung).

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	12
Gegenstimmen:	1
Enthaltungen:	1

**6. Perspektivische Entwicklung der Betreuungszahlen im Primarbereich
Vorlage: 179/20**

Herr Gausmann führt in die Vorlage ein und weist auf die Raumsituation an der Michaelschule sowie der Bodelschwingschule unter dem Gesichtspunkt der steigenden Nachfrage nach Schulbetreuung hin. Dies verdeutliche die Wichtigkeit des Ausbaus der Grundschulen nach den Maßgaben des Musterraumprogrammes, um entsprechende Raumkapazitäten vorhalten zu können. Zuletzt habe man sich für diesen Weg beim Ausbau der Canisiusschule entschieden.

Auf Rückfrage von Herrn Mollen bestätigt Herr Gausmann, dass es bei laufendem Baustellenbetrieb an der Michaelschule genügend Fläche für die Aufstellung mobiler Raumsysteme gebe.

Weiterhin weist Herr Gausmann auf Nachfrage von Frau Zimmermann hinsichtlich möglicher Personalengpässe im Schulbetriebsbereich auf das bestehende Fachkräfteproblem hin. Nach Rückmeldung der Träger seien die Aufstockungen in der Schulbetreuung jedoch gegenwärtig personell noch leistbar.

Beschluss:

1. Der Schulausschuss nimmt die perspektivische Entwicklung der Nachfrage nach Betreuungsplätzen in Rheine zur Kenntnis.
2. Der Schulausschuss beauftragt die Verwaltung mit der Prüfung alternativer Raumkonzepte für die Schulbetreuung der Bodelschwingschule sowie für die Michaelschule.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

7. Grundschuloffensive der Stadt Rheine - Paul-Gerhardt-Schule

Vorlage: 201/20

Herr Gausmann weist darauf hin, dass coronabedingt und angesichts der Wahrung entsprechender Ausschreibungsfristen eine kurzfristige Entscheidung hinsichtlich des Umzuges der Paul-Gerhardt-Schule hätte getroffen werden müssen. Bei der Entscheidungsfindung sei miteinbezogen worden, dass angesichts der aktuellen Situation die Zusagen gegenüber der Elternschaft bezüglich einer umfassenden Vorbereitung der Kinder auf den Bustransfer nicht umsetzbar gewesen wären. Weiterhin sei das Vorgehen zumindest mit dem Vorsitzenden und der stellvertretenden Vorsitzenden des Schulausschusses abgestimmt worden.

Herr Gude erklärt, dass er diese Angelegenheit nicht im Entscheidungsbereich der Politik sehe, sondern hier die Stadt Rheine als zuständige Ordnungsbehörde in Sachen Infektionsschutz tätig geworden sei und eine Entscheidung getroffen habe, die er voll unterstütze.

Auf Rückfrage von Frau Stockel stellt Herr Gausmann dar, wie es zu einem irreführenden Pressebericht über den Baubeginn an der Paul-Gerhardt-Schule kommen konnte. Dies sei ebenfalls der Kurzfristigkeit der Entscheidungsfindung geschuldet gewesen. Die Presse habe bei der Stadt Rheine den aktuellen Sachstand angefragt. Zum Zeitpunkt der Veröffentlichung habe sich dieser Sachstand jedoch bereits verändert, sodass fast parallel zum Artikel entsprechende Elternbriefe mit anderslautenden Informationen auf den Weg gegeben worden seien.

Auf Anmerkung von Frau Reinke betont Herr Gausmann, dass durch die in der Vorlage beschriebene Verschiebung, das Schulgebäude sowie die Sporthalle am Standort der Paul-Gerhardt-Schule nahezu zeitgleich fertiggestellt würden.

Beschluss:

1. Der Schulausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Auslagerung der Paul-Gerhardt-Schule zur Kenntnis.

8. Raumprogramm für die Sekundarschulen der Stadt Rheine Vorlage: 180/20

Herr Gausmann weist darauf hin, dass sich das vorliegende Musterraumprogramm in einigen Punkten von dem zuletzt beschlossenen Raumprogramm für die Realschulen unterscheidet. Grund hierfür sei die erhöhte Anzahl an SuS mit verschiedenen Beeinträchtigungen an den Sekundarschulen, die bestimmte Spezifikationen notwendig machten. So seien die Klassenräume etwa mit Blick auf die den Unterricht begleitenden Integrationshelfer größer geplant worden. Weiterhin würden zwei zusätzliche Klassenräume eingeplant werden, die für die Unterbringung von Sprachklassen vorgesehen seien. Diese sollten schwerpunktmäßig im integrierten Schulsystem untergebracht werden, da die SuS dort im Anschluss jeden Schulabschluss anstreben könnten und daher keinen Schulwechsel vornehmen müssten. Die Raumdefinitionen seien mit den Leitungen der Sekundarschulen abgestimmt.

Frau Stockel fragt an, ob das momentane Vollaufen der Klassen auf 30 SuS an den Sekundarschulen in absehbarer Zeit ende, da die Berechnungsgrundlage der Räume (25 SuS pro Klasse) ansonsten fehlerhaft sei.

Weiterhin hebt sie hervor, dass 10 Prozent der SuS der Sekundarschulen GL-Kinder seien, teilweise mit völlig unterschiedlichen Förderschwerpunkten. Aufgrund dieser besonderen

Bedarfe sei es nicht ausreichend, pro zwei Klassenräumen nur einen Differenzierungsraum zur Verfügung zu stellen.

Frau Stockel erfragt außerdem, ob diese Vorlage impliziere, dass an der Gesamtschule, die ebenfalls zum integrierten System gehöre, überhaupt keine Sprachklassen eingerichtet würden.

Zuletzt fragt Frau Stockel an, ob an den Schulstandorten überhaupt noch Kapazitäten für derartige Ausbauten zur Verfügung ständen.

Für die CDU-Fraktion sprechen sich Frau Reinke und Herr Wilp dafür aus, die Anzahl der einzuplanenden Sprachklassen von zwei auf vier zu erhöhen, um genügend Kapazitäten für Schulformwechsler vorzuhalten.

Herr Gausmann informiert über die Rückmeldung des Ministeriums, dass die Klassen der Sekundarschulen lediglich noch mit 25 Kindern ausgelastet werden sollten. Unabhängig davon seien GL-Klassen mit 30 Kindern pädagogisch kaum realisierbar, weshalb weiterhin mit 25 Kindern kalkuliert werde.

Hinsichtlich der Differenzierungsmöglichkeiten weist Herr Gausmann darauf hin, dass pro Jahrgang zusätzlich drei Kleingruppenräume sowie zusätzliche Mehrzweckräume zur Verfügung ständen und die GL-Situation aus Sicht der Schulen mit dem vorliegenden Raumprogramm abbildbar seien.

Eine Umsetzung des Raumprogramms ließe sich an beiden Schulstandorten realisieren, da hier unter anderem vorhandene Pavillons und mobile Raumsysteme überbaut werden könnten.

Weiterhin würden dem Schulausschuss in Zukunft noch Musterraumprogramme für die Gymnasien sowie für die Euregio-Gesamtschule vorgelegt werden, in denen ebenfalls Sprachklassen vorgesehen würden.

Herr Mollen erklärt im Namen der SPD-Fraktion, dass hinsichtlich zusätzlicher Differenzierungsräume kein Änderungsantrag gestellt werde, sondern diese Thematik lediglich ins Protokoll aufgenommen werden solle. So solle sichergestellt werden, dass dies im Rahmen der weiteren Planungen noch Berücksichtigung finden könne.

Frau Reinke stellt im Namen der CDU-Fraktion den Änderungsantrag zum Raumprogramm, dass statt zwei Sprachklassen insgesamt vier eingeplant werden sollten.

Frau Stockel schlägt mit Blick auf die Differenzierungsthematik vor, den Antrag dahingehend zu formulieren, dass insgesamt zwei Räume für die Sprachklassen sowie zwei zusätzliche Räume in Klassenraumgröße in das Musterraumprogramm aufgenommen werden sollten, die keiner genauen Funktion zugeordnet sind. Diese könnten dann je nach Bedarf für Sprachklassen, Schulformwechsler oder als Differenzierungsräume genutzt werden.

Die CDU stimmt diesem Vorschlag zu und modifiziert ihren Antrag dahingehend, woraufhin der Beschlussvorschlag wie folgt ergänzt wird:

Beschluss:

1. Der Schulausschuss nimmt den Entwurf des Musterraumprogrammes für die Sekundarschulen zur Kenntnis.
2. Der Schulausschuss beschließt, zwei zusätzliche Räume in Klassenraumgröße in das Musterraumprogramm aufzunehmen.
3. Der Schulausschuss beauftragt die Verwaltung auf Grundlage des durch Ziffer 2 ergänzten Musterraumprogramms die weiteren Planungs- und Umsetzungsschritte

für eine Erweiterung der Nelson-Mandela-Schule und Alexander-von-Humboldt-Schule zu erarbeiten.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

9. Umsetzungsplanung zum Medienentwicklungsplan für alle Schulen im Jahr 2020 Vorlage: 184/20

Herr Gausmann stellt die Abwicklungen des Medienentwicklungsplanes in den Jahren 2019 und 2020 vor und geht dabei insbesondere auf die Thematik der digitalen Lernplattformen ein. Da viele Programme auf dem Markt vorhanden seien aber nach Hinweisen von IT-NRW sich in einigen Fälle datenschutzrechtliche Problematiken ergäben, wolle die Stadt Rheine den Schulleitungen eine robuste und hinsichtlich des Datenschutzes unbedenklich Variante für digitale Lernplattformen an die Hand geben.

Frau Gehrke stellt daraufhin in Kürze verschiedene Softwarelösungen vor. Die Präsentation ist dieser Niederschrift als Anlage 2 beigefügt. Sobald hier nach Abstimmung mit den Schulen weitere Ergebnisse vorliegen, werde der Schulausschuss noch einmal gesondert informiert werden.

Herr Mollen weist darauf hin, dass bei der Entscheidung für eine technische Variante insbesondere die Nachhaltigkeit dieser Lösung sichergestellt werden müsse, sodass nicht regelmäßige Systemwechsel nötig seien. Hierzu müsse ggfls. ein Digitalisierungskonzept entwickelt werden.

Herr Gausmann erläutert, dass genau aus diesem Grund dem teilweise aus der Elternschaft ausgeübten Druck zur Verwendung frei auf dem Markt erhältlicher Softwarelösungen nicht nachgegeben wurde. Stattdessen werde man sich bewusst für eine datenschutzrechtlich abgesicherte und zukunftsfähige Variante entscheiden.

Weiterhin sprechen sich Herr Mollen und Herr Ortel dafür aus, kritisch die vorhandenen Personalressourcen im Bereich der Betreuung der Schul-IT zu prüfen. Bei den durch die Digitalisierung zusätzlich hinzukommenden Herausforderungen, müsse hier ggfls. personell aufgestockt werden.

Herr Gausmann sagt zu, diese Thematik in den Stellen- und Haushaltsplanberatungen zu berücksichtigen, wobei es hier jedoch verschiedene denkbare Variante gäbe, um die zusätzlichen Aufgaben aufzufangen.

Auf Rückfrage von Herrn Wilp informiert Herr Gausmann, dass gemeinsame Abstimmungen mit den IT-Verantwortlichen der Schulen zur zukünftigen Ausstattung stattgefunden hätten. Beim Sonderthema der Bereitstellung von Software für das Homeschooling werde überlegt, in welchen Strukturen hier entsprechende Abstimmungen stattfinden könnten.

Hinsichtlich des Umganges der Lehrkräfte mit den verschiedenen Homeschooling-Programmen, zu dem sich Frau Reinke, Frau Willers und Herr Meer äußern, verweist Herr Gausmann auf die ausschließliche Zuständigkeit des Schulträgers für äußere Schulangelegenheiten. Nichtsdestotrotz befinde sich die Stadt Rheine derzeit im Planungsprozess, um wie seinerzeit bei den elektronischen Tafeln spezielle Fortbildungen als Serviceleistung für die Lehrkräfte anbieten zu können.

Beschluss:

1. Der Schulausschuss nimmt die Umsetzungsplanung für den Medienentwicklungsplan im Jahr 2020 zur Kenntnis.
2. Der Schulausschuss nimmt die Voraussetzungen zur Beanspruchung von Mitteln aus dem Digitalpakt zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, die erforderlichen Voraussetzungen für die Mittelabrufung zu erfüllen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

10. Fortführung des Projekts "Energiesparen in Schulen"
Vorlage: 185/20

Herr Gausmann informiert über die Neuaufstellung des Energiesparprojektes. Dieses stellte sich bislang so dar, dass 50 % der von der Schule eingesparten jährlichen Energiekosten im Schuletat verblieben, während die andere Hälfte dem städtischen Haushalt zugeführt wurde. Das Verfahren sei nun aufgrund der Vielzahl der Erneuerungen und Ausbauten der Schulgebäude nicht länger umsetzbar, da sich die von der Schule selbst eingesparten Energiekosten nicht mehr von den Einsparungen durch die Modernisierung der Schulgebäude trennen ließen. Weiterhin habe der Bereich Klimaschutz mehr Facetten als das Einsparen von Energie. Umweltbildung sei daher, insbesondere aufgrund der gegenwärtigen ökologischen Situation, ein zentraler Bereich der Schülerbildung der Zukunft.

Beschluss:

1a. Der Schulausschuss empfiehlt dem Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz dem organisatorischen Konzept zuzustimmen.

2a. Der Schulausschuss empfiehlt dem Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz der Fortführung des Projekts „Energiesparen in Schulen“ zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

11. Anfragen und Anregungen

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Ende des öffentlichen Teils der Sitzung: 18:40 Uhr